

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 322

17. Nov. 2004

11. Jahrgang

Viele Maschinen, in allen Farben und Grössen

Unter dem Titel "Die Auswirkung der Minen in den Gemeinden San Marcos" realisierte das Meinungsforschungsinstitut *Vox latina* eine Befragung in San Miguel Ixtahuacán und Sipakapa, zwei der am stärksten vom Goldminenprojekt *Marlin* des kanadischen Unternehmens *Glamis Gold* betroffenen Gemeinden in San Marcos. 400 Personen wurden befragt und – wen wundert's – 96% aller Männer und 94% der Frauen sowie 95% der indigenen und 95% der Ladinobevölkerung lehnen die Minentätigkeit in ihrer Gemeinde ab. 85.75% sind davon überzeugt, dass der Goldabbau die Zerstörung von Umwelt und sozialen Strukturen mit sich bringt, während nur 8.75% eine wirtschaftliche Bereicherung erwarten. Wirklich begrüsst wird das Projekt von bloss 4.5% der davon betroffenen Bevölkerung. Präsident Berger bezeichnet solche Umfragen als eine "ausgezeichnete Übung", ist jedoch seinerseits der Meinung, dass der Goldabbau dem ganzen Land nur Gutes bringe. Er selber könne den BewohnerInnen der beiden Gemeinden auch nicht helfen, wenn sie weiterhin in der Misere leben wollten. Unterdessen haben sich in Kanada und den Vereinigten Staaten rund 70 Organisationen und 60 Einzelpersonen in einem gemeinsamen Schreiben an Präsident Berger gewendet mit der Bitte, die Minentätigkeit in San Marcos vorläufig zu suspendieren und die betroffenen Gemeinden in den Informations- und Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Wir veröffentlichen im Folgenden den Brief eines italienischen Mitarbeiters der Kirchengemeinde in Sipakapa, welche seit Beginn die GegnerInnen des Minenprojekts begleitet und unterstützt.

"Was ich hier in Sipakapa im Überfluss besitze, ist Zeit, was mir am meisten fehlt, ist die Lust zum Schreiben. Manchmal bereitet mir ein leeres Blatt Papier und die Vorstellung, es füllen zu müssen, sogar Angst. Doch dieses Mal werde ich mich überwinden und euch schreiben.

Wie ihr bereits wisst, hat sich in Sipakapa ein multinationales kanadisches Minenunternehmen niedergelassen, das hier Gold abbauen will. Es gibt einen gewissen Widerstand seitens der Bevölkerung dagegen, aber es ist uns das übliche Pech beschieden, dass nämlich die "kompetenten" Leute in diesem Thema auf der Gegenseite sitzen.

Seit Beginn weiss ich, dass wir auf verlorenem Posten kämpfen. Ich fühle mich wie ein Soldat, der darauf wartet, in die Schlacht geschickt zu werden, aus der er nicht mehr zurückkommen wird, oder so wie die letzten gelben Blätter, die noch an den Bäumen hängen und unweigerlich herunterfallen werden. Oder, wie es in dem Lied von Mercedes Sosa heisst: „Das Pferd zieht vorwärts, während die Seele zurück will“.

So wäre es wohl jemandem vorgekommen, der oder die als BeobachterIn das Gespräch von sieben Freunden mitgehört hätte, die über die soziale Situation der sipakapensischen Bevölkerung, die vom Herpes des Goldes befallen ist, gesprochen haben.

Doch da ist noch etwas: Die Unterdrückten, weil sie die Opfer und nicht die Gründe der Ungerechtigkeit sind, befinden sich in einer vorteilhaften Situation. Zwar sind sie mit der brutalen Realität konfrontiert, aber gleichzeitig hängen sie einem illusorischen Glauben nach. Die arme Bevölkerung trotz den Bombardierungen durch die Ideen des Systems – Produzieren, Konsumieren, Schlafen – und wehrt sich dagegen. Wer Ungerechtigkeit erlebt in einem ungerechten System, der oder die ist vom Leben ausgeschlossen, bzw. er oder sie wird es schwer haben, überhaupt leben zu können. Die Ungerechtigkeit schläfert ein, bremst die Freiheit, verschliesst alle Perspektiven. Der Glaube wird dann zu einer Droge. Frieden, Si-

cherheit und Liebe verkommen zu Putzlappen.

Die sieben Freunde, Bauern und Experten in der Landwirtschaft, Indígenas, Träumer, Rebellen und Verlierer, kamen auf die Idee, gegen dieses multinationale Unternehmen und gegen eine bestimmte Form des Lebens zu kämpfen. Ihnen zuzuhören, in einer kleinen Küche um einen Tisch sitzend, beim Licht einer weissen Kerze und aufgewärmt von einem traditionellen Getränk, war, wie dem Gewissen dieser Welt zuzuhören. Im feuchten Atem dieser Männer spürte ich Hoffnung, in ihren Augen habe ich den Glauben an das Leben gesehen und hinter ihren rauhen, aber gut kalibrierten Worten habe ich den Willen zu einer präzisen Aktion herausgehört.

Derweil bewegen sich Maschinen verschiedenen Typs, unterschiedlicher Grösse und Farbe über den sipakapensischen Boden. Sie graben, transportieren, verschieben, mahlen, bohren, verschlingen die Weichteile der Berge und bringen, nach einem mit Zyanid angereicherten Verdauungsprozess, Exkrememente namens GOLD ans Tageslicht.

Zu eurer Information noch eine unleugbare Tatsache: Die Minentätigkeit trägt nichts zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes bei. Dies mag eine Erkenntnis sein, die viele überrascht, die glauben, der Reichtum des Bodens würde automatisch "Fortschritt" mit sich bringen. Wer sich die Mühe macht, eine antikapitalistische Analyse über die Anhäufung von Kapital zu machen, merkt schnell, wo der Ursprung der Ungleichheit liegt: Die Demokratische Republik Kongo (ehemals Zaire), Bolivien, Sierra Leone, Peru waren nicht per se arme Länder, sondern sie verarmten im Verlauf der Jahre durch die blutsaugenden Tätigkeiten der transnationalen Minenunternehmen. Eine grosse Auslandsverschuldung verwüstet, erstickt seit Jahren diese ärmsten Länder der Welt. Dies sind die Früchte, welche diese Unternehmen hinterliessen, die nie etwas in

Entwicklungs- und Subsistenzprojekte für die Armen investiert haben. Im Gegenteil, es ging einzig um Ausbeutung und Raub. Es gibt keine Beweise dafür, dass die Investition der Minenunternehmen den armen Ländern zugute kommt. Im Gegenteil, gemäss Untersuchungen der Vereinten Nationen leben die meisten an der Armutsgrenze Lebenden in Ländern, die Minerale exportieren. Die Regierungen der unterentwickelten Länder haben meist nicht die Kapazität, um die negativen Auswirkungen dieser Industrie auf die Gesundheit der Menschen vorzusehen oder zu verhindern, dass die Wirtschaftsentwicklung rückläufig ist. Wer weiss, welches Schicksal unsere aktuelle Regierung erwartet, die ihre verlorene Seele mit schändlicher Korruption zupflastert. Ein ähnliches Schicksal werden wohl die Entscheidungsträger der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Arbeitsorganisation zu erwarten haben. Die armen Länder Lateinamerikas, die bereits die *Conquista*, die Plünderung und jetzt die Auslandsverschuldung haben erleiden müssen, werden nun gezwungen, diese "Entwicklungsprojekte" anzunehmen.

Für die Mine in Sipakapa, deren erste negativen Konsequenzen wir schon spüren, gab die Weltbank ein Darlehen von 45 Mio. US-\$ und führte dabei an, wie die marginalisierten Indígenas von Sipakapa davon profitieren könnten. Mit

diesem Geld soll aber nicht der indigenen Bevölkerung der Region geholfen, diese soll vielmehr ein für alle Mal zum Verschwinden gebracht werden.

Schon in der Vergangenheit haben die Menschen Minerale abgebaut. Bereits die Babylonier, die Assyrer, die Byzantiner besaßen Kupfer- und Bleimineralien im heutigen SüdJordanien. Doch seit der industriellen Revolution nahm der Abbau und der Gebrauch von Mineralien stetig zu. In jüngster Zeit hat sich diese Entwicklung rasant beschleunigt: Im Jahr 2000 wurden rund 9,6 Mio. Tonnen Mineralien abgebaut, das ist etwa doppelt soviel wie im Jahr 1970. Die USA, Kanada, Australien, Japan und Westeuropa, die zusammen 15% der Weltbevölkerung ausmachen, konsumieren etwa 2/3 der jährlich abgebauten Minerale: Etwa 61% des Aluminiums, 60% des Bleis, 59% des Kupfers und 49% des Stahls. Pro Person werden in den USA jährlich 22 kg Aluminium konsumiert, ein DurchschnittsbürgerIn in Indien konsumiert jährlich 2 kg und ein AfrikanerIn 0,7 kg.

In jüngster Zeit wurde vermehrt in die Suche nach Gold und Diamanten investiert, die mehr wegen ihres Wertes denn wegen ihrer Nützlichkeit gefragt sind. Wir wissen, wohin das führt: Schmuck für lebende Tote.

Gestern Abend besuchten mich zwei Europäer, die für ein internationales Unternehmen in der Mine von Sipakapa arbeiten.

Der jüngere, ein lockenköpfiger Ingenieur, der keine Ahnung vom Leben und viel Heimweh nach seiner Mutter hat, pflügt mit seiner Maschine die Berge um, der ältere ist ein lebensfroher Fünfundzwanzigjähriger. Die beiden erzählten mir Schlimmeres als ich bereits wusste und schlossen ihre Erzählungen mit: „Was können wir dafür? Wir werden bald wieder von hier weggehen. So ist nun einmal diese Welt“.

Die Welt? Welche Welt? Die Welt in der jedeR seinen/ihren eigenen Egoismus befriedigt und alles besitzen will, das glänzt? Alles Dummköpfe, die nichts begriffen haben! Habt ihr schon einmal einen Bauern gesehen, der mit dem Spaten sein Feld bestellt? Oder einen Maurer, der eine Lehmwand hochzieht? Habt ihr schon einmal den Tod gefürchtet? Oder die Stille der Existenz gehört? Wisst ihr, was Hunger ist? Was Leiden bedeutet... und was Glück ist?

Das Leben mit allen Freuden und Leiden, die Natur mit ihrer Schönheit und Gefahren, mit allem, was uns Lachen und Weinen macht, sind unsere FreundInnen. Aber Leben heisst vor allem eines: Auf eine radikale Weise mit einem falschen System und seinen falschen Mythen brechen.

Aus meinem Observatorium in Sipakapa betrachte ich aufmerksam das Auf und Ab des Lebens und gebe mir Mühe, nicht Teil von dieser Welt zu werden auch wenn ich darin leben muss."

Exhumierungen gehen weiter

Guatemala, 11. Nov. Bedrohungen gegen die AktivistInnen der *Stiftung Forensische Anthropologie Guatemalas* (FAFG), die sich in Zusammenarbeit mit der Witwenorganisation CONAVIGUA und der *Vereinigung von Familienangehörigen von Festgenommenen und Verschwundenen von Guatemala* (FAMDEGUA) um die Ausgrabungen von menschlichen Überresten aus Massengräbern kümmern, hatten zeitweilig die Exhumierungen lahmgelegt. Zusätzliche Schwierigkeiten finden die Engagierten nicht nur in den vom Staat unzureichend zur Verfügung gestellten Geldern, sondern auch in den eingeschränkten Genehmigungen für die investigativen Grabungsarbeiten, mittels derer im Departement Quiché in den letzten Wochen erneut eine Reihe von Beweismaterial für die vornehmlich Anfang der 80er Jahre begangenen Massaker gefunden wurden.

Als die AnthropologInnen der FAFG Ende August 2003 mit der Arbeit begannen, erwarteten sie nicht viele Funde bei den Exhumierungen auf dem Hügel bei Comalapa, wo damals eine Mi-

litärbasis stand. Heute, nachdem mittlerweile 177 Skelette aus 45 verschiedenen Gruben ausgehoben wurden, schätzen sie die Situation ganz anders ein. Die Suspendierung der Aktivitäten ist derzeit der unzureichenden Autorisierung für die Ausdehnung der Ausgrabungen in diesem Gebiet zur Last zu legen.

In dieser Gegend dachte die CONAVIGUA-Gründerin und jetzige Leiterin der Entschädigungskommission der Opfer, Rosalina Tuyúc, ihren Vater und ihren Ehemann zu finden, die Anfang der 80er Jahre verschwanden, doch ihre Erwartungen wurden enttäuscht. Die AnthropologInnen fanden Überreste von Gebeinen, die in ihrer Mehrheit Spuren von Folter zeigen, welche vor der Exekution vorgenommen worden war. Einige Skelette wurden mit auf dem Rücken gefesselten Händen aufgefunden.

Im Kanton Xecojá, Departement Chichicastenango, wurden inzwischen die Überreste von 14 Opfern exhumiert, von denen zwei Frauen und 10 Kinder waren. Auch das hiesige Massaker wird in das Jahr 1982 datiert. "An einem Morgen kam das Militär in den Kanton, ver-

folgte Kinder, Jugendliche, junge Mädchen und die Frauen und drängte sie in den Abgrund. Die BäuerInnen und Kinder versteckten sich, da sie sonst keine Fluchtmöglichkeiten hatten, in einem Unterschlupf der Guerilla. Doch das Militär entdeckte sie und brachte sie alle um", so eine Verwandte eines der Opfer.

Angesichts der aktuellen Funde wiederholte FAMDEGUA ihre Forderungen an die Regierung nach einer baldigen Aufnahme von Gerichtsprozessen und Urteilsprüchen gegen die Verantwortlichen dieser Gewaltverbrechen, um der herrschenden Straflosigkeit im Land ein Ende zu machen.

Einen weiteren gerade für die Familienangehörigen der Opfer wichtigen Aspekt der Exhumierungen besteht darin, dass durch die Funde die Überlebenden sich mit der Traurigkeit aber immerhin relativ sicheren Gewissheit auseinandersetzen können, was mit den Verschwundenen und Vermissten geschehen ist. Gemäss der religiösen Tradition können sie sich nun von den Verstorbenen verabschieden und versuchen, ihre eigene Ruhe wieder zu finden.

Ein Frauenparlament für Guatemala?

Frauen sind mit 13 von insgesamt 158 Abgeordneten im guatemaltekischen Kongress klar untervertreten und spezifische Frauenthemen bzw. eine Gender-Agenda stossen bei den Abgeordneten historisch auf mangelndes Interesse. Diese Tatsachen haben verschiedene Frauenorganisationen dazu motiviert, mit dem Amtsantritt von Präsident Berger am 15. Januar dieses Jahres von Exekutive und Legislative zu verlangen, grösseren politischen Willen an den Tag zu legen, um die Frauen anzuhören, ernst zu nehmen und vor allem, in ihrem Interesse zu regieren.

Als Antwort darauf antwortete der Präsident des Kongresses, der Abgeordnete der *Unidad Nacional de Esperanza* (UNE), mit dem Vorschlag, ein Frauenparlament zu gründen, das die Forderungen der Frauen aufnimmt und in den Kongress kanalisiert. Das Parlament der Frauen wurde am 12. August vom Vorstand des Kongresses mit dem Abkommen 37-2004 formalisiert als einen Raum, in dem die historisch marginalisierten Frauen ihr Bürgerinnenrecht wahrnehmen können. Doch dieses Abkommen wurde als verfassungswidrig angefochten, da dem Frauenparlament Kompetenzen zugesprochen wurden, wie zum Beispiel das Ausarbeiten von Gesetzesinitiativen, die gemäss Verfassung nur den "richtigen" Parlamentsmitgliedern zustehen, bzw. der Exekutive, dem Obersten Gerichtshof, der Universität von San Carlos und dem Wahlgericht.

Mit einem neuen Dekret schuf nun der Vorstand am 23. September eine Frauenversammlung, die der Frauenkommission des Kongresses unterstellt ist und entzog dem Frauenparlament die zuvor zugestandenen Kompetenzen.

Dies löste nun bei einigen Frauenorganisationen Unmut aus und sie beschuldigten die Parlamentarierinnen der Frauenkommission des Kongresses, sich gegen das Frauenparlament ausgesprochen zu haben. Dieses zweite Abkommen respektiere in keiner Weise die Übereinkommen, welche die Frauenorganisationen untereinander getroffen hätten. "Wir akzeptieren diesen Entscheid nicht, da er unsere Aktionsfähigkeit beschränkt und wir uns den Entscheidungen der Frauenkommission unterstellen müssten", war Ende Oktober die allgemeine Stimmung der Frauenorganisationen bei einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema. Sandra Moran vom Sektor der Frauen der Zivilgesellschaft fürchtet um die Autonomie und politische Einflussnahme des "Parlaments", wenn es zu einer "Versammlung" verkommt. "Wir haben genug davon, dass die Projekte, die von uns erarbeitet und vorgeschlagen werden, zuerst zerpfückt und dann so abgeändert werden, wie es den Abgeordneten passt", erklärte Moran.

Aura Marina Otzoy, FRG-Abgeord-

nete und Präsidentin der parlamentarischen Frauenkommission, ist der Meinung, dass es nicht darauf ankomme, wie sich das Programm nenne, wichtig sei allein, den Frauen aktive und demokratische Partizipation im bürgerlich-politischen Bereich zu gewährleisten. Die Tatsache, dass die Frauenversammlung der Kommission angegliedert sei, bedeute noch lange nicht, dass ihr etwas aufgezungen werde, sondern im Gegenteil, die Frauen müssten die Kommission als eine Unterstützung für ihre Anliegen betrachten, meinte Otzoy.

Alba Estela Maldonado, Abgeordnete der URNG und für diese auch in der Frauenkommission des Kongresses, führt alles auf einen Fehler bei der ersten Fassung des Dekrets zurück und nicht auf eine böse Absicht von irgendjemandem. Sie bat die Frauenorganisationen, den Dialog mit den Kongressabgeordneten wieder aufzunehmen.

Diesen Rat scheinen die Frauenorganisationen denn auch zu befolgen, denn ein erstes Treffen fand bereits mit der parlamentarischen Kommission statt, bei der das gemeinsame Funktionieren das Thema war.

Und am 24. November soll das "Programm", wie es vorläufig genannt wird, vom Kongress feierlich aufgenommen werden – unter welchem Namen wird sich zeigen.

Todesstrafe

Guatemala, 12. Nov. Der 10. Oktober ist der Internationale Tag gegen die Todesstrafe, eine Strafe, die in Guatemala immer noch praktiziert wird. Im Moment sind in Guatemala mehr als 30 Todesurteile gefällt, 54% wegen Entführung oder Erpressung. Die "Kandidaten" (das guatemaltekische Gesetz verbietet die Anwendung der Todesstrafe bei Frauen) warten unter unmenschlichen Bedingungen (in der Knasthierarchie stehen sie auf unterster Stufe) und extremer psychischer Belastung (das Urteil kann morgen, aber auch erst in 2 Jahren vollstreckt werden), auf ihren Tod.

Laut Eduardo Enríquez, einem Pflichtverteidiger für zum Tod verurteilte Häftlinge, sind rund 75% der Todeskandidaten aufgrund juristischer Fehler verurteilt. Das letzte Mal wurde am 29. Juni 2000 an zwei Männern das Todesurteil mittels einer tödlichen Spritze vollstreckt, verurteilt wegen Entführung und Mordes. Das Ereignis wurde von verschiedenen Fernseh- und Radiostationen live übertragen. Diese Exekutionen wurden vorgenommen, obwohl vom *Interamerikanischen Menschenrechtsge-*

richtshof (CIDH) ein Aufschub verlangt worden war. Dieses Jahr gelang es jedoch dem CIDH, zwei Todesurteile zu prolongieren.

Die Tatsache, dass jemand wegen Entführung (auch wenn diese nicht tödlich ausgeht) zum Tode verurteilt werden kann, ist eine Regelung, die Mitte der 90er Jahre eingeführt wurde, als unter der Regierung von Alvaro Arzú immer mehr Personen der Mittel- und Oberklasse Opfer von Entführungen wurden. Dies fällt zeitlich mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen zusammen und der Zufall will es, dass viele der Entführer ehemalige Militärs sind.

Der Präsident hat als einziger die Möglichkeit, einen zum Tode Verurteilten zu begnadigen. Die Abschaffung der Todesstrafe müsste vom Kongress beschlossen werden.

Gemäss Daten der UNO-Mission für Guatemala, MINUGUA, sind die Mehrheit der zum Tode verurteilten Gefangenen indigener Herkunft. Über die Hälfte von ihnen ist über 30 Jahre alt, 32% sind Analphabeten und 76% stammen aus Familien ländlicher Herkunft.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Note "mangelhaft" für's guatemaltekische Bildungswesen

Guatemala, 10. Nov. Guatemala nimmt den letzten Platz der 35 lateinamerikanischen Länder in Sachen Bildungsqualität ein, so ein Bericht des *UN-Fonds für Bildung, Wissenschaft und Entwicklung* (UNESCO), der dieser Tage in Brasilien vorgestellt wurde. Diese Untersuchung analysiert die Fort- und Rückschritte in den Bereichen allgemeine Grundbildung, Geschlechtergerechtigkeit, Alphabetisierung Erwachsener und Qualität der Lehre in 2001 und 2002.

Die Sorge der UNESCO dreht sich vor allem um die Beständigkeit des Bildungsmangels, der u.a. im Afrika der Subsahara, in den Arabischen Staaten, in Asien, Nicaragua und eben Guatemala massive Ausmasse angenommen hat. Die letzten beiden Länder platzieren sich unter den 137 untersuchten Nationen auf den Positionen 95 bzw. 98.

Eine der Ursachen für diese Situation könnte die geringe Investition in den Bildungssektor sein, die in Guatemala 1.87% des BIP beträgt. Brasiliens BIP-Anteil für Bildung macht derweil 4,2% aus, in Südafrika werden 5,5% des Bruttoinlandsproduktes in die lernenden Generationen gesteckt.

Dabei entsprechen die UNESCO-Einschätzungen bezüglich Guatemala durchaus Resultaten anderer Evaluationen durch internationale Organisationen, Nichtregierungs-Organisationen, vom Bildungsministerium (MINEDUC) selbst und dem Entwicklungsprogramm der UN (PNUD), welches darauf hinweist, dass die herrschende Armut keine Entschuldigung dafür sei, ein so niedriges Bildungsniveau beizubehalten.

Das Resümee des UN-Ressorts spiegelt zudem die Ergebnisse wider oder unterstreicht sie vielmehr, die wenige Tage zuvor als "Bildungstragödie" betitelt, den Wissensstand der guatemaltekischen SchülerInnen der Mittleren Reife in den Fächern Sprache und Mathematik kundtaten. Eine vom MINE-DUC und der Universität San Carlos erarbeitete landesweite Prüfung hatte erschreckende Bilanzen zur Folge: Von den 61'157 SchülerInnen, die den Abschluss im Schultyp "diversificado" anstreben und an der Untersuchung teilnahmen, bestanden 9'658 die Prüfung im Fach Sprache/Literatur und 8'926 das Mathe-examen. Das sind 17 bzw. 16% der Prüfungsteilnehmenden oder auch etwa jeder Sechste. Weitere Daten machen das Ausmass des Missstands deutlich: In Mathe wird nur rund ein Drittel von dem gelernt, was laut Lehrplan gewusst werden sollte, im Fach Sprache ist es weniger als die Hälfte des eigentlichen Lernprogramms.

Wem ist nun der Schwarze Peter zuzuschreiben? Liegt es an den LehrerInnen, die ihre "Mission" nicht erfüllen und verantwortungslos den nachfolgenden Generationen die Qualifizierung vorenthalten, die für den Fortschritt des ganzen Landes nötig ist, die gleichzeitig jedoch wenig Möglichkeiten haben, sich selbst soweit fachlich oder methodisch zu qualifizieren, dass sie ihr Wissen überhaupt weitergeben könnten? Erst wenn es brennt, bequemen sich die Regierenden zu handeln, wenn auch erst einmal mit versichernden Stellungnahmen, dass unbedingt etwas passieren und eine Bildungsreform her müsse, so Präsident Berger als Antwort auf die Meldung. Er benennt die fehlende Aktualisierung der Curricula, das Fehlen von Technologie in den Klassenräumen und die schlechten Zustände der Schulinstallationen als Hauptursachen des Problems.

Dabei besteht schon seit längerer Zeit eine integrale Reformkommission, die zudem diverse Verbesserungsvorschläge erarbeitet hat. Doch Bildungsministerin María del Carmen Aceña verfolgt lieber ihre eigenen Ideen, mit denen sie jedoch meist auf Widerstand stösst. Dieser drückte sich zuletzt gar in der Forderung verschiedener Bildungsorganisationen sowohl von DozentInnen- als auch von SchülerInnen- und Studierendenseite nach dem Rücktritt der Ministerin aus. Aceña wird dabei nicht nur fachliche Inkompetenz vorgeworfen, sie reizt mit ihren Entschlüssen vielmehr die Zumutbarkeitsgrenze bis aufs Äusserste aus. Die meisten öffentlichen Bildungseinrichtungen jeglichen Niveaus, von Vor- bis zur Berufsvorbereitenden Schule, entbehren qualitativer Infrastruktur und ausreichendem Lehr- und Lernmaterial. Teilweise müssen die LehrerInnen aus eigener Tasche die Zeugnisse und Klassenbücher kaufen.

Gravierende Umstände herrschen gerade in Vor- und Grundschulen, von denen viele über das Programm der selbstverwalteten Schulen (PRONADE) laufen. Dieses funktioniert über die Organisation von Elternkomitees und sollte ursprünglich zeitlich begrenzte Lebensdauer geniessen. Inzwischen wird stattdessen die fortschreitende Verbreitung von PRONADE-Schulen als voranschreitende Privatisierung des Bildungssektors bewertet. Dabei stehen den verantwortlichen Komitees selten ausreichend Gelder zur Verfügung, um aufgabengemäss die SchülerInnen mit Schultensilien, Schulspeisung und eben einer angemessenen Schuleinrichtung zu versorgen. Die meist nur in einem "Orientierungskurs" instruierten

ehrenamtlich engagierten Eltern sind zudem für die Verträge mit dem Lehrpersonal zuständig, wissen dabei jedoch nicht, wie hoch das Budget im nächsten Jahr sein wird, das ihnen vom MINE-DUC überschrieben wird.

Der Mühen für diese Organisation entledigt, erhebt das Ministerium jedoch an dem Punkt wieder Mitspracherecht, wenn es um die nötige Qualifikation derer geht, die zur Lehre zugelassen werden. Der nahe liegende Eindruck, der von organisierten LehrerInnen geäussert wird, lässt sich nicht verwehren: Erinnerung doch die individuelle Vorlage von Originalen anstelle von Kopien und die Unterziehung der AnwärterInnen unter Einstellungstests, wodurch eine "technische, objektive und transparente Selektion gemäss den Bedürfnissen und den vorhandenen Geldern" gewährt werden soll, an die Praktiken der vorherigen Regierungspartei FRG, auf diese Weise vor allem regierungsaffines Personal einzustellen.

In ähnliche Richtung schien Aceñas nicht realisierter Vorschlag kurz vor Ende des Schuljahres Ende Oktober zu gehen, die GrundschullehrerInnen zu freiwilligem Einsatz zu bitten, im Rahmen des Programms "Rettet die erste Klasse", für das 38 Mio. Quetzales zu rechtefertigen waren, noch vier Wochen ehrenamtlichen Nachhilfeunterricht zu erteilen, damit die 35'000 ErstklässlerInnen auch alle versetzt würden.

Die aktuelle Krise ist nicht das erste Mal, das in Guatemala über die Bildungsmisere debattiert wird, wobei sich trotz Vereinbarungen und Versprechen bislang wenig geändert hat. Vor allem hat sich rein gar nichts an der Höhe des Etats verändert, der dem Bildungsministerium zur Verfügung gestellt wird. Der Spielraum für die Ministerin ist also durchaus begrenzt. Wieder bleibt also abzuwarten, ob sich nun etwas in Bewegung setzen wird oder das Problem aufgrund von politisch "relevanterer" Prioritätensetzung weiter auf die lange Bank geschoben wird.

Dies wäre immerhin für die Betreibenden der weiterführenden Schulen, die teilweise in privater Hand sind, von Vorteil, war doch ihre erste Reaktion auf die Veröffentlichung der schmachvollen Prüfungsergebnisse ihre Weigerung, dass in diesem Rahmen auch die Namen der Bildungsstätten und ihr jeweiliges Abschneiden bekannt gegeben wird. Auch dieser durchgreifende Schritt obliegt einmal mehr dem Ministerium, um der Verschleierungen auf Kosten von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen ein Ende zu machen.

Ermittlungen gegen UNE und PAN, Wohlers und Reyes López

Guatemala, 07. Nov. Die Staatsanwaltschaft gegen Korruption beantragte dieser Tage die Anhörung von Álvaro Colom und Leonel López Rodas, ehemalige Kandidaten für die Präsidentschaft im vergangenen Wahlgang, respektive postuliert für die *Einheit der Nationalen Hoffnung* (UNE) und die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN). Doch bis zum 3. November hatte sich Richter Saúl Álvarez noch nicht durch die 16 Anklageschriften, die 1'600 Seiten füllen, gearbeitet, um den Antrag zu bestätigen.

Die Beweislage ist derweil klar und zeigt auf, dass der *Nationale Rechnungshof* (CGCN) jeweils einen Teil der Wahlkampagne von UNE und PAN finanziert hat, so die Staatsanwaltschaft, die dem Beispiel Costa Ricas folgen will. Deren Justiz ist mit der Verurteilung der ehemaligen Mandatsträger Miguel Ángel Rodríguez und Rafael Ángel Calderón wegen ähnlicher Delikte erfolgreich gewesen. Obwohl bereits ein Jahr vergangen ist, hat sich das guatemaltekische Gerichtswesen bislang noch nicht dazu entschlossen, die beiden beschuldigten politischen Führer zu belangen. Gemäss Anklagen der *Spezialermittlungsintendanz* (IVE) simulierte der CGCN den Vertragsabschluss für admi-

nistrative Dienstleistungen mit der Nichtregierungs-Organisation *Amigos en Acción* über 3,6 Mio. Quetzales. Die IVE belegte nun, dass diese zwei Schecks über je 500'000 Quetzales an die Begünstigten PAN und UNE ausstellte. Um diese Beschuldigung wissend, versucht nun die Staatsanwaltschaft zu beweisen, dass die beiden Parteichefs gewusst haben, dass das Geld der "aktiven Freunde" vom Rechnungshof stammte und sie somit an dem Vergehen der Geldwäsche beteiligt sind. Für diesen Fall ist der ehemalige Leiter des CGCN, Oscar Dubón Palma, mittlerweile in Haft und sieht seinem Gerichtsprozess entgegen. Die ersten Spuren in dieser Sache fanden sich mit der Einlage jenes Millionenbetrags vom Rechnungshof auf dem Konto der Stiftung.

Unterdessen sind noch weitere Prozessaufnahmen gegen Funktionäre der ehemaligen Regierung bestätigt.

So erwarten den Ex-Präsidenten des *Guatemaltekischen Sozialversicherungsinstituts* (IGGS) gleich mehrere Anklagen. Dazu gehören Betrug, Autoritätsmissbrauch und Unterschlagung von 350 Mio. Quetzales, begangen während seiner Amtszeit mittels einer vermeintlichen Treuhandschaft für Wohnungsbau. Dem Antrag der Verteidi-

gung, Wohlers gegen Kautionshaft aus der Untersuchungshaft zu entlassen, wurde nicht entsprochen.

Dieses Privileg wird auch dem ehemaligen Vize-Präsidenten Juan Francisco Reyes López vorenthalten, der ebenfalls in der Haftanstalt der Zone 18 einsteigt. Anfang November hat die Staatsanwaltschaft auch gegen ihn formal Anklage erhoben, alle belastenden Punkte stehen im Zusammenhang mit Korruption.

Unter anderem wurden 2002 dem *Anti-Alkohol-Patronat* angeblich 500'000 Quetzales von dem Unternehmen *East West Trading* zugeschustert, zu dem nach Aussagen der Staatsanwaltschaft der Ex-Vize in Verbindung steht. Dessen Staatsressort hatte von eben dieser Firma zudem Autos gemietet, wobei die Verträge sich auf 3,2 Mio. Quetzales summieren, aber die Nutzung der Wagen nicht bestätigt ist. Wegen Beweismangels kann gegen Reyes López derweil nicht wegen Geldwäsche vorgegangen werden. Gleichzeitig ist er durch seine Mitgliedschaft im *Zentralamerikanischen Parlament* (PARLACEN), das bislang so manchem ehemaligen Regierungsbeteiligten Immunität gewährte, nicht mehr vor der Justiz geschützt.

UCN – Alte Initialen für eine neue Partei

Jalapa, 07. Nov. In Anwesenheit von rund 3'000 Interessierten beschlossen ehemalige Parteimitglieder der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) - unter ihnen Luis Rabbé, der ehemalige Bürgermeister-Kandidat für die Hauptstadt, der unter Ex-Präsident Portillo als Kommunikationsminister fungierte - die Gründung einer neuen Partei. Deren Name *Unión de Cambio Nacional* (Union der Nationalen Veränderung) übernimmt somit die Initialen der früheren Partei *Unión del Centro Nacional* des 1993 ermordeten Journalisten Jorge Carpio Nicolle und auch ein ähnliches Partei-Symbol. Auch wenn unter den GenossInnen einige ehemalige UCN-istInnen seien, hätte die neue UCN inhaltlich nichts mit der alten Partei zu tun, so ein Sprecher.

Während die politische Gruppierung die Beratung durch den justizflüchtigen Alfonso Portillo aus Mexiko genießt, bat Rabbé die potentiellen AnhängerInnen darum, den Gerüchten, er sei als Minister in Korruption verwickelt gewesen, keinen Glauben zu schenken.

Zum provisorischen UCN-Vorstand gehören neben ihm selbst Sidney Shaw (der damals als 15-jähriger Carpio begleitete, als dieser ermordet wurde und selber Verletzungen erlitt) und Baudilio Hichos (unabhängiger Kongressabgeordneter), Mirna Ramos wird sich ums Protokoll, Rudi Castañeda um die Kasse, Carlos Girón um die Organisation und Jorge Girón um besondere Angelegenheiten kümmern. Cristian Pineda wird für die Werbung, Otto Cabrera für die Presse verantwortlich sein.

Von einem möglichen Programm der UCN, die ihre rechtliche Anerkennung als Partei beantragt hat, wurde bislang nichts bekannt.

Martha de Carpio, die Witwe von Jorge Carpio Nicolle bezeichnete die Übernahme der Initialen und der Symbole der Partei ihres ermordeten Ehemannes als Frechheit und Opportunismus. Die 1983 gegründete damalige UCN war laut Martha de Carpio eine der grössten und am besten organisierten Parteien, deren Niedergang jedoch mit der Ermordung ihres Gründers begann.

Rund zehn weitere politische Orga-

nisationen sind im Moment daran, sich zu politischen Parteien zu wandeln mit der Idee, an den nächsten Wahlen teilnehmen zu können. Bedingungen, um sich Partei nennen zu können, sind mindestens 5'619 eingeschriebene Mitglieder, von denen mindestens die Hälfte Lesen und Schreiben können muss. Weiter muss es einen provisorischen Vorstand aus neun Personen geben, und die Partei muss einen Namen und ein Symbol haben, Statuten sowie eine politische Plattform. Gemäss Hans Quevedo, Politologe der *Vereinigung für soziale Studien und Untersuchungen* (ASIES), werden in Guatemala Parteien vor allem in wahlpolitischer Absicht gegründet. Entsprechend kurzlebig sind sie oft und entsprechend unausgeformt ihre politischen Programme.

Eine dieser Gruppierungen, die ihre Umwandlung in eine politische Partei überlegt, ist die *Vereinigung der Militärveteranen*, AVEMILGUA, die mit ihren rund 80'000 disziplinierten und hierarchiegeübten Mitgliedern eine nicht zu unterschätzende Militanz entwickeln könnten.

Ex-PAC: Mit Gewalt zum "Erfolg"

Guatemala, 04. Nov. Wie zu erwarten, war mit dem wiederholt ablehnenden Entscheid des Kongresses gegen die Zahlungen an die ehemaligen Zivilpatrouillen Mitte Oktober nicht das letzte Wort gefallen (siehe ¡Fijáte! 320). Die direkte Reaktion auf dieses Votum von Seiten der Ex-PAC war die Drohung, das Radrennen "Vuelta de Guatemala" zu stören, was jedoch verhindert werden konnte. Einschränkungen liessen sich die Fordernden, denen Präsident Berger in seinem Wahlkampf die Auszahlung der von Ex-Präsident Portillo zugesagten Gelder versprochen hatte, in ihren Protesten jedoch nicht.

So blockierten mindestens 8'000 von ihnen Anfang November einen Tag lang diverse Strassenkreuzungen im ganzen Land und wurden in Sololá handgreiflich, wo sie Angestellte der Indigenen Bürgermeisterei als Geiseln nahmen. Aufgrund dieser Aktion musste die feierliche Einweihung des neuen Gebäudes dieser Institution, zu der auch der UN-Kultur-Fond UNESCO geladen war, abgesagt werden.

Dem Aufbegehren der Ex-PAC, dem die Regierung in keiner sichtbaren Weise gegenübertrat, war Erfolg beschieden. Und zwar, wie beabsichtigt, im Kongress. Hier stimmten nach wiederholten Diskussionen des Themas im Endeffekt 114 der anwesenden 120 Abgeordneten (von ins-

gesamt 158) für das Dekret 28-2004, das den Entschädigungszahlungen an die Ex-PAC nun doch den Weg freigibt.

Das Menschenrechtszentrum CALDH bewertet die Randalen der ehemaligen Zivilpatrouillisten als Reorganisation derselben, die von ehemaligen Militärs und Politikern unterstützt werden: Die Vorbereitungen zu den nächsten Präsidentschaftswahlen haben bereits begonnen und eine Destabilisierung des Landes ist angesichts dessen von grossem Wert. Als Auführer wird der ehemalige Sicherheitsbeauftragte Otto Pérez Molina, General a.D., verdächtigt, dem schon seit längerem Präsidentschaftsaspirationen unterstellt werden.

Unterdessen streiten sich die Geister auch offen innerhalb der Ex-PAC, deren Gewaltaufmärsche und Forderungen lange nicht von allen ehemaligen Patrouillisten befürwortet werden. Auch im Kongress ist man sich nicht einig. Der erwähnte Otto Pérez ist von der Verfassungsgültigkeit überzeugt, denn "es gibt eine Quelle für die Finanzierung, und die Auszahlungen werden im nächsten Jahr realisiert". Die Unklarheit des "Woher" der Gelder war vormals Grund der Kongress-Ablehnung. Demgegenüber meint Conchita Mazariegos von der politischen Gruppierung BIEN, dass das Dekret Fehler ent-

halte und vom Verfassungsgericht (CC) wie die zwei Male zuvor abgelehnt werden müsse. Die Einstellungen der votierenden Abgeordneten spiegeln die konfuse Situation wider: Die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) glaubt ebenfalls, dass Fehler vorliegen, stimmte dennoch dafür, die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) unterstützte die Aktion, "weil die Ex-PAC das Land verteidigt haben", die Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) bat um Konsultation des CC, billigte aber das Dekret, die *PAN (Partei des Nationalen Fortschritts)* stimmte dafür, die *Patriotische Partei* (PP) beruhigte sich mit der Überzeugung, der Kongress übernehme die Verantwortung und von den Unabhängigen kritisierte nur Pedro Palma Fehler in der Redaktion. Die Parteien *Unionistas*, *Allianz Neue Nation* (ANN), *Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG), BIEN, sowie die beiden unabhängigen Abgeordneten Anabella de León und Concepción Rainhardt enthielten sich der Stimme.

Immerhin wusste Präsident Berger sich und seine widersprüchlichen Positionen der letzten Wochen vor den Fordernden zu lavieren: "In mir habt ihr immer noch einen Verbündeten, denn ich bin sicher, dass nicht alle Ex-PAC für die Unruhen im Land verantwortlich sind."

Budgetdiskussion 2005

Guatemala, 12. Nov. Wie immer im November muss der guatemalteckische Kongress den Haushaltsetat für das kommende Jahr verabschieden. Und wie jedes Jahr gibt es im Vorfeld hitzige Diskussionen darüber, wo abgespeckt werden könnte und wo mehr Investitionen notwendig wären, ob es vertretbar sei, die Auslandsschuld zu erhöhen, oder was getan werden könnte, um die Staatskasse zu füllen. Speziell umstritten sind die Etats des Verteidigungsministeriums sowie die Sozialausgaben. Dieses Jahr kommt noch die Frage dazu, woher das Geld genommen werden soll, mit dem die Ex-PAC zu entschädigen sind.

Total geht es um ein Budget von etwas mehr als 31 Mrd. Quetzales, ca. 4 Mrd. US-\$. Besorgnis erregt bei Fachleuten u.a. die Erhöhung des Etats des Präsidentensekretariats um 392 Mio. Q sowie 77 zusätzliche Mio. für die Entwicklungsräte, ohne dass dafür spezifische Gründe genannt werden.

Uneinigkeit herrscht darüber, wie gross die Staatsverschuldung sein darf. Carlos Barreda vom *Kollektiv der sozialen Organisationen* (COS) spricht von einer nationalen Krise, die eine Er-

höhung des Defizits von 1.8 auf 2% des Bruttoinlandprodukts rechtfertigt. Die dadurch zusätzlich zur Verfügung stehenden Gelder sollen in die Bereiche Gesundheit, Bildung, ländliche Entwicklung und Arbeitsbeschaffung investiert werden. Dafür will das COS die Sicherheitsvorkehrungen für den Präsidenten und seinen Vize reduzieren, den Militärbudget kürzen und auf die Auszahlung der Ex-PAC verzichten. Derweil sieht das vom Kongress aktuell gebilligte Dekret für die Zahlungen der Ex-PAC die Disposition von 445 Mio. Q vor, die in den Staatshaushalt für 2005 und 2006 mittels neuer Verschuldungen oder aber Schatzanleihen aufgenommen werden sollen.

Fachmann Hugo Maul, ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtshofs und seit neuestem verantwortlich für die Transparenz innerhalb der Regierung, ist der Meinung, dass die Verschuldung nicht höher als 1% des BIP sein dürfe, weil sonst die zu bezahlenden Zinsen ins Unermessliche anwachsen würden.

Auch im Kongress macht man sich unterschiedliche Gedanken darüber, wie nächstes Jahr das Geld verteilt werden

soll. Einige Kongressmitglieder verlangen eine Erhöhung des Etats des Menschenrechtsprokurats sowie des Kongresses selber. Víctor Ramírez, Präsident der Finanzkommission des Kongresses bezeichnet dieses Begehren als unverantwortlich, da schlicht keine Gelder vorhanden seien.

Speziell im Visier von Menschenrechtsorganisationen ist wie immer der Militärbudget. Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* GAM weist darauf hin, dass trotz Truppenreduktion um 27'000 Soldaten die Personalkosten des Militärs für nächstes Jahr um 74 Mio. Q höher budgetiert sind als 2004, was 86% des Gesamtbudgets dieser Institution ausmacht. Und obwohl im Zusammenhang mit der Reduzierung des Personals von einer Modernisierung der Armee gesprochen wurde, sind bloss 1,5 Mio. Q für Neuanschaffungen vorgesehen. Von allen Ministerien sitzt dem Verteidigungsministerium eindeutig der Geldbeutel am lockersten. Bis August dieses Jahres hatte das Militär bereits 85% ihres Budgets aufgebraucht, während alle anderen bis Ende Oktober erst etwa 70% ihres Geldes ausgegeben hatten.